

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion

40 Jahre Städtebauförderung - Rettet die Soziale Stadt!

Montag, den 24.10.2011 im Reichstagsgebäude

Statement von Marion Schmitz-Stadtfeld, Nassauische Heimstätte

1. Welchen Stellenwert hat Stadt(entwicklungs)politik für die schwarz-gelbe Bundesregierung? Wird sie ihrer Verantwortung für eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Städte gerecht?

Die Städtebauförderung ist das zentrale und seit 40 Jahren bewährte Element sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Entwicklung der Kommunen. Die Wirkweisen zielen auf langfristig stabile Veränderungsprozesse ab. Mittelkürzungen schwächen diesen positiven Wirkmechanismus ab.

2. Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosenzahlen – nimmt damit das Problem der sozialen Ausgrenzung ganzer Stadtteile ab?

Nein, Quartiersentwicklung bedeutet langsame, langfristige Veränderung gewachsener Bau- und Sozialstrukturen. Kurzfristige Konjunkturaufschwünge oder Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich auf das Alltagsleben in den Quartieren nachrangig aus. Zumal in „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ die Personenkreise kulminiert beheimatet sind, auf die positive Arbeitsmarktentwicklungen zu allerletzt durchschlagen.

3. *Welche Auswirkungen haben die wiederholten Kürzungen der Städtebauförderungsmittel für den sozialen Zusammenhalt (und die Beteiligungskultur) in Städten?*

Die wiederholten Kürzungen gefährden die Glaubwürdigkeit der Städtebauförderung – v.a. auch in der Kommunalpolitik.

- Wenn einerseits gefordert wird, integriert zu denken und zu handeln, Handlungskonzepte entsprechend formuliert werden, Maßnahmen unter Bürgerbeteiligung zur Umsetzung vorbereitet werden und dann kaum Mittel für die Realisierung der wichtigsten Projekte über den Gesamtbewilligungszeitraum übrigbleiben stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Programme.
- Dies lässt sich durch die Bürgermeister und Verwaltungen in den Kommunalparlamenten z.T. kaum vermitteln. Gleiches gilt für die durch Beteiligungen aktivierten Bürger.
- Erschwerend kommt hinzu, dass der Verwaltungsaufwand in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist. Das Verhältnis von Aufwand und Nutzen entwickelt sich durch die Vorgaben und Kürzungen negativ.

4. *Welche Auswirkungen haben die Kürzungen der Städtebauförderung ökonomisch?*

Die Städtebauförderung hat aktivierende Folgeeffekte auf die lokale Ökonomie.

- Bauwirtschaft profitiert von Maßnahmenumsetzungen direkt,
- im Fördergebiet ansässige Betriebe erfahren eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die städtebauliche Attraktivierung.
- Zahlreiche private Investitionen in den Baubestand werden durch kommunale Vorbildprojekte, durch Anteilsfinanzierungen im Rahmen der Förderung und durch Anreizprogramme ausgelöst. Massive Kürzungen bedeuten deutlich geringere positive Folgeeffekte.

- Städtebauförderung ist ohnehin richtigerweise punktuelle Impulsförderung und nicht Flächenförderung. Mittelkürzungen wirken sich deshalb besonders stark aus – gefährden direkt die Umsetzung der wichtigen Impulsmaßnahmen.
- Die Kürzungen gefährden die Nachhaltigkeit der bereits getätigten oder geplanten Investitionen!
- Kürzungen der Förderung bedeuten Kürzung der Privatinvestitionen und Kürzung der resultierenden Steuereinnahmen.

5. *Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, Stadtteulfeste – ist das wie die FDP behauptet tatsächlich rausgeworfenes Geld? Haben Union und FDP nicht Recht damit, wenn sie behaupten, das sei „Sozialklimbim“ und keine Aufgabe der Städtebauförderung?*

Bildung ist die essenzielle Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe und Integration von allen benachteiligten Bevölkerungsgruppen – Deutschen sowie Migranten!

- Frauen- und Frauenbildungsförderung ist entsprechend die Basis für die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und ein wesentlicher Beitrag für die Familienförderung – Folge- und Multiplikatoreneffekte in der Kindererziehung.
- Stadtteulfeste:
 - niedrigschwellige Katalysatoren für den Aufbau selbsttragender Netzwerke von Stadtteilakteuren – Grundsatz der Verstetigung nach Programmauslauf.
 - Oft hierbei erstmalig eine direkte Zusammenarbeit von Migranten und Verwaltung / Migranten und Vereinen / Migranten und Mitbürgern aber auch Mitbürgern und Verwaltung.
 - Aber: nur, wenn es richtig gemacht wird: d.h. Hilfe zur Selbsthilfe und keine „Bevormundungs-Fürsorge“

6. *Reicht es aus, bei sinkenden öffentlichen Mitteln auf verstärkte private Initiative in Soziale Stadt- und Stadtumbaugebieten zu setzen?*

Städtebauförderung = Impulsförderung – die Privaten sind sowieso mit im Boot

- Der öffentliche Anreiz/Anschub ist wesentlich für die Aktivierungswirkung
- Wer selbst die Mittel immer weiter zurückführt macht sich irgendwann unglaubwürdig.

7. *Schrumpfende Bevölkerung in vielen Regionen Ostdeutschlands aber auch immer mehr im Westen – Welche Folgen hat zunehmender Leerstand für die Städte?*

Wohnen zurück in die Stadt/ Sozialräumliche Verdichtung/ keine weitere Flächenarrondierung

8. *Verschärft die energetische Sanierung die soziale Spaltung der Städte?*

Das Gegenteil ist der Fall. Eine ausbleibende (energetische) Sanierung

- steigert die soziale Segregation
- erhöht die Gefährdung der sozialen Stabilität (Nebenkostenexplosion)
- fördert den Downgradingprozess ganzer Stadtteile
- gefährdet die Vermietbarkeit von Immobilien und führt somit nicht nur zu volkswirtschaftlichen- sondern auch privatwirtschaftlichen Ausfallerscheinungen.

Kritische Leit-Argumente zum Programm

- Das Potenzial der Bewohner als lokale Experten wird in der Umsetzung oft nicht ausreichend genutzt – Beteiligung als Placebo anstatt als Wissenspool
- Insbesondere das Potenzial der Migranten (Stichworte: kultureller und sprachlicher Reichtum; Gründungs- und Innovationspotenzial Migrantische Ökonomie; etc.) wird nicht genutzt
- Umgang mit Migranten verläuft zu oft nach dem Prinzip - Behandlungsfall statt Augenhöhe
- Dahinter stehen auch Berührungsängste – wechsel- und einseitig
 - Zwischen Migranten und Vertretern der Verwaltung
 - Zwischen Migranten und Vertretern der Politik
 - Zwischen Migranten und Schlüsselakteuren des Quartierslebens (Vereine, Initiativen, Einzelakteure, etc.)

Das Förderprogramm Soziale Stadt ist immanent überfordert

- Große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit seit Initiierung vor 11 Jahren
 - (Ministeriumsübergreifendes Interdisziplinäres Programm)
 - (Städtebauförderung statt Sozialarbeit)
- Der Programmname ist von Anbeginn falsch gewählt – impliziert schon bei Initiierung in den Kommunen falsche Ansprüche und Herangehensweisen
- Die Steuerung wird oft eindimensional im Bereich Soziales angesiedelt oder Bau- und Stadtplanungsabteilungen arbeiten gegen statt mit den Sozialabteilungen
- Eindimensionale soziale Schwerpunktsetzungen führen zu Missinterpretationen des Programms während der gesamten Umsetzungsphase
- Dies weckt auch falsche Erwartungen bei den Bürgern
- Sozial-Romantik statt städtebaulicher Investition
- Das Ziel der Etablierung von Selbsthilfe- und Selbststeuerungsstrukturen, die über die Laufzeit hinaus verstetigt werden, wird oft verkannt
- Reine „Betreuungs“-Maßnahmen statt Hilfe zur Selbsthilfe sind nicht nachhaltig